

Mehr Akzeptanz für Technologie in der Gesellschaft

Dr. Günter von Au im Gespräch mit *Heimatswirtschaft* zu Risiken und Chancen für den Wirtschaftsstandort Deutschland

Burghausen. Wo steht die deutsche Wirtschaft? Welchen Herausforderungen müssen sich Staat und Bürger stellen, um im globalen Wettbewerb als wohlhabendes Land auch in Zukunft zu bestehen? Diese Fragen bestimmten nicht nur die Gastreferate von EU-Kommissar Günther Oettinger beim jüngsten Jahrestreffen der IHK Oberbayern und der bayerischen Chemieverbände in München, diesen Fragen stellt sich auch Dr. Günter von Au, Vorsitzender des Vorstands des Landesverbandes Bayern des Verbands der Chemischen Industrie, in einem Exklusivinterview mit *Heimatswirtschaft*.

„Was weg ist, ist weg. Wenn die Rahmenbedingungen in Deutschland nicht mehr gegeben sind, wird der Industrialisierungsgrad sehr schnell zurückgehen. Wo steht Deutschland wirklich?“

Dr. Günter von Au: Noch ist der Industrialisierungsgrad in Deutschland mit 23 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt hoch. In Bayern sogar besonders hoch – hier beträgt er 26 Prozent. Gottseidank hat Deutschland nicht den Weg eingeschlagen, den zum Beispiel Großbritannien unter Thatcher gewählt hat und alles auf Dienstleistungen gesetzt. Nach der Krise 2009 ist Deutschland deswegen vergleichsweise gut positioniert, und wir haben derzeit Steuereinnahmen in einer Höhe, wie Deutschland sie bisher nie hatte. Wir stehen gut da. Die Frage ist doch aber, stehen wir in fünf oder zehn Jahren auch noch gut da?

Worin bestehen denn die Gefahren einer De-Industrialisierung?

Dr. von Au: Noch merkt man es vielleicht nicht oder nur, wenn man sich die Zahlen anschaut. Man liest eben nichts in der Zeitung, wenn eine Investition nicht in Deutschland getätigt wird. Die Gefahr, die die De-Industrialisierung mit sich bringt, ist aber klar: Nicht nur einzelne Betriebe verschwinden. Nein, ganze Wertschöpfungsketten verlagern sich langsam ins Ausland. Damit gehen zunächst industrielle Arbeitsplätze verloren und in der Folge auch Dienstleistungsarbeitsplätze. Die Steuereinnahmen sinken, das Lohnniveau wird schwer zu halten sein, etc. mit allen negativen Folgen für unseren Wohlstand und den sozialen Frieden.

Hat die De-Industrialisierung wirklich schon begonnen, oder wird hier ein absolut notwendiger Modernisierungsprozess überinterpretiert, um Angst zu schüren? Drohen etwa Industriebrachen wie im Ruhrgebiet?

Dr. von Au: Es gibt zwei ganz klare Zeichen. Zum einen beträgt die sogenannte Reinvestitionsquote bei energieintensiven Branchen, also Chemie, Glas, Papier, Keramik, Stahl, etc. seit bald 15 Jahren deutlich weniger als 100 Prozent – im Mittel eher 85 Prozent. Es werden Jahr für Jahr also etwa 15 Prozent weniger investiert als zum Substanzerhalt nötig wäre. Genau das nennt man De-Industrialisierung. Zum anderen hat vor kurzem das Volumen der Auslandsinvestitionen erstmals seit rund zehn Jahren das Volumen der Inlandsinvestitionen überholt. Unternehmen stecken ihr Geld lieber in ausländische Betriebe als in deutsche. Und das, obwohl die Wirtschaftsfrage doch zurzeit so gut ist. Und das ist das eigentlich Alarmierende, denn ein geringeres Investitionsverhalten könnte auch andere Gründe haben. Aber wenn die Investitionen nicht in Deutschland erfolgen, dann machen wir etwas falsch!

Drohen also Industriebrachen?

Dr. von Au: Ich glaube, noch sind wir vor Industriebrachen wie im Ruhrgebiet sicher. Aber nur, wenn jetzt auch die Weichen richtig gestellt werden. Aus Sicht der chemischen Industrie war schon immer die Rohstoff- und Energieversorgung elementar. Und gerade bei der Energieversorgung – insbesondere beim Strom – ist die Situation total entgleist. Hier liegt ein enormes Risiko. Aber auch in vielen anderen Bereichen agieren der Gesetzgeber und die Regierung nicht gerade industriefreundlich.



Dr. Günter von Au: Wichtig ist, dass wir jetzt die Rahmenbedingungen für die existierende Industrie und die zukünftige Industrie verbessern, dass wir die Basis für die nächste „industrielle Revolution“ so legen, dass wir in Deutschland auch davon profitieren. – Foto: hw

Dr. Günter von Au im Kurzportrait

Dr. Günter von Au ist Vizepräsident des Verwaltungsrats der Clariant AG, Schweiz. Darüber hinaus bekleidet er verschiedene Beirats- und Aufsichtsratspositionen, vor allem in Unternehmen der Chemieindustrie und ist Aufsichtsratsvorsitzender bei CeramTec GmbH.

Nach seinem Chemie Studium mit Promotion als Dr. rer. nat. in Tübingen war Dr. von Au ab 1980 im Wacker-Chemie-Konzern in führenden Positionen tätig. Ab 2001 wechselte in den Vorstand der Süd-Chemie AG, wo er von 2004 bis 2012 Vorsitzender des Vorstands war. – Ehrenamtlich engagiert sich Dr. von Au als Vor-

sitzender des Vorstands des Landesverbandes Bayern des Verbands der Chemischen Industrie e.V.; als Vorsitzender des Vorstandes des Vereins der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.; als Sprecher des Chemie Clusters Bayern; als Mitglied im Vorstand bzw. Kuratorium des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln; der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw); des Senats der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften e.V. (acatech); des Senats der Fraunhofer-Gesellschaft; der Bayerischen Elite-Akademie und der Bayerischen Staatsbibliothek. – ede

Wie kann, wie muss die Politik in Deutschland gegensteuern?

Dr. von Au: Die Rahmenbedingungen für produzierende Unternehmen müssen deutlich besser werden. In der Energiepolitik bedeutet das erstens günstigen Strom – ob über EEG-Umlage, Mehrwertsteuer, Stromsteuer, es gibt viele Möglichkeiten, wie die Stromkosten für Unternehmen seitens der Politik beeinflusst werden können. Strom muss preiswerter werden. Dazu gehört auch, dass nicht ständig neue Tatbestände geschaffen werden dürfen, die unsere Energieversorgung nur immer noch teurer machen zum Beispiel durch Erdverkabelung. Und zweitens ist die Versorgungssicherheit von hoher Bedeutung. Mit ein Hauptstandortvorteil in Bayern und Deutschland ist die Zuverlässigkeit der Stromversorgung. Hier darf es keine Kompromisse geben. Nur darf man eben nicht die Kosten aus dem Auge verlieren.

Mehr Aufmerksamkeit für die Industrie

Welche Rolle spielt hier die Sozialpolitik?

Dr. von Au: Fehler wie die „Rente mit 63“ sollten in Zukunft vermieden werden. So entstehen gerade kleineren Unternehmen zum Teil erhebliche Probleme. Wenn nämlich relativ schnell viele erfahrene Mitarbeiter vorzeitig in den Ruhestand wechseln, gleichzeitig aber keine ausreichend qualifizierten Fachkräfte zur Verfügung stehen, dann haben diese Unternehmen enorme Probleme. Ganz allgemein nimmt der bürokratische Aufwand für Unternehmen, der Erfüllungsaufwand stetig zu. Ich denke, die Schwierigkeit liegt auch darin be-

gründet, dass die Politik arbeitsteilig organisiert ist. Das Umweltministerium kümmert sich nur um Umweltthemen, das Sozialministerium nur um Sozialthemen etc. Es gibt keine Instanz, die unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten die ganzen Einzelthemen bewertet und gegebenenfalls ein Gegengewicht wirtschaftspolitischer Art bildet. Wir brauchen also mehr Wirtschaftspolitiker und schlicht mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung für die Industrie in den Fachministerien.

Was kann oder muss der Bürger beitragen, um die Bundesrepublik oder den Freistaat wirtschaftlich fit für die Zukunft zu halten – oder zu machen?

Dr. von Au: Der Bürger wählt die Politiker. Er kann bei der Auswahl stärker auf wirtschaftspolitische Kompetenz achten. Ein weiterer Punkt ist sicher die eigene Offenheit für neue Technologien, für Innovationen, die für Wachstum und Beschäftigung in Bayern führen können. Wenn immer die Risiken überbetont werden und die Chancen – auch für Wertschöpfung in Bayern – übersehen werden, dann sind wir auf dem falschen Weg. Wenn sich jeder fragt, warum der eigene Arbeitsplatz sicher ist und woher das Geld für die Vergütung kommt, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Konkretes Beispiel: Die Frage der Energieversorgung und der beiden Stromtrassen aus dem Norden nach Süden: Taugen hier die Vorgaben, wie Bayern gemacht hat mit maximaler Erdverkabelung oder ist das eher ein fauler Kompromiss mit vielen Unwägbarkeiten?

Dr. von Au: Es ist verständlich, Sorgen der Bürger wegen geplanter Stromtrassen ernst zu nehmen. Und man kann auch getroffene

Entscheidungen hinterfragen. Ob Erdverkabelungen die Lösung sind? In jeden Fall nehmen damit die Kosten zu. Und Erdverkabelungen sind, wie die drohende EEG-Belastung für Bestandsanlagen, wie die Subventionen für stillzuliegende Braunkohlekraftwerke, etc. wieder ein Stein im Rucksack der Unternehmen. Es gibt sicher Unternehmen, die vielleicht sogar noch so einen Stein tragen können, aber es gibt eben welche, die langsam unter der Last zusammenbrechen. Ob die Bürger mit Erdkabeln am Ende glücklicher sind, würde ich auch in Frage stellen. Die Nutzungsmöglichkeiten der Flächen sind dann unter Umständen noch stärker eingeschränkt.

TTIP: Chancen oder Teufelszeug?

Sie, die Wirtschaftsverbände und jüngst auch EU-Kommissar Günther Oettinger werben für TTIP: Dabei steht das Kürzel an sich für das nüchtern klingende Transatlantic Trade and Investment Partnership: Braucht die europäische und vor allem die deutsche Wirtschaft dieses Abkommen, oder verbirgt sich dahinter nur ein Diktat der Amerikaner, um ihre Vorstellungen von Freihandel durchzusetzen, wie Kritiker vermuten?

Dr. von Au: Die USA sind für die deutsche Chemie der wichtigste Auslandsmarkt außerhalb der EU. Die Branche exportierte in 2013 Waren im Wert von rund 15 Milliarden Euro in die Vereinigten Staaten. Der Überschuss im Transatlantikhandel betrug mehr als vier Milliarden Euro. Die intensiven Handelsbeziehungen mit den USA tragen dazu bei, dass insbesondere auch der Mittelstand der chemischen Industrie in Deutschland überdurchschnittlich gut bezahlte Arbeitsplätze schafft und sichert.

Aber verspricht TTIP wirklich die großen Chancen?

Dr. von Au: TTIP ist eine Chance, die man natürlich sinnvoll nutzen muss. TTIP ist ja zunächst auch nur ein Rahmen, der die Möglichkeit bietet, Handelshemmnisse und Kooperationshürden abzubauen. So eine Chance werden wir so schnell sicher nicht mehr bekommen. Ich sehe einige Bereiche die durch TTIP ganz klar Vorteile für uns bringen können. Beispielsweise lassen sich Standards zur Kennzeichnung oder Qualitätssicherung in der Chemie – sofern sie vergleichbar sind – problemlos gegenseitig anerkennen.

Starke Befürworter gibt es vor allem im Pharmabereich. Warum?

Dr. von Au: Hier geht es um die Vermeidung von Doppelinspektionen. Sowohl die US- als auch die europäische Arzneimittelbehörde führen in den Unternehmen regelmäßig Inspektionen zur Qualitätssicherung durch. Die Leitlinien sind auf OECD-Ebene festgelegt. Dennoch erkennen die jeweiligen Agenturen die Prüfungen gegenseitig nicht an. Mit TTIP könnten Doppelinspektionen ohne konkreten Mehrwert vermieden werden.

Stichwort Digitalisierung: Verschläft Deutschland die Digitalisierung, wie der zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger befürchtet?

Dr. von Au: Herr Oettinger hat gesagt, dass in seiner Kindheit an Weihnachten noch ein Teddy von Steiff aus Giengen an der Brenz oder eine Märklin-Eisenbahn aus Göppingen unter dem Baum lagen, heute sind es eher Smartphone oder Tablets, die in den USA entwickelt und in China produziert werden. Die mit den Apps gesammelten Daten landen zur Auswertung-Stichwort „big data“ – wieder in den USA. Auch die großen Internetprofiteure sitzen nicht in Deutschland: Google, Apple, Amazon, Twitter, Facebook. So gesehen hat er recht. Andererseits haben wir in Deutschland SAP, BMW, Audi, Daimler, Siemens und viele andere, im Maschinenbau tätige Unternehmen, die durchaus das Potenzial haben, auch im Thema Digitalisierung kräftig mitzuzuge-

stalten. Ich denke nur an Themen wie Verkehrsleitsysteme aber auch „Internet der Dinge“.

Was bedeutet denn der Weg zu mehr Digitalisierung? Etwa auch weg vom Bargeld, hin zur totalen Vernetzung? Weg vom personengesteuerten zum computergesteuerten Auto?

Dr. von Au: Das ist das Schöne an der Zukunft, sie ist nicht gewiss. Immer dann, wenn es einen Bedarf gibt oder eine Idee, die sich mit neuen Technologien realisieren lässt, kann ein Geschäft daraus werden und kann Wertschöpfung entstehen. Und manchmal verdrängen die neuen Möglichkeiten alte und zerstören damit vielleicht auch ganze Branchen. Heute gibt es kaum noch „analoge“ Fotoapparate mit lichtempfindlichem Film, auch die Zahl der Telefonzellen hat deutlich abgenommen. Ich denke, dass sich nur durchsetzt, was auch einen Markt, also einen „Konsumenten“ hat. Insofern müssen wir vielleicht nicht so viel Angst haben – es wird nichts kommen, was wir nicht annehmen.

Wo besteht dringender Handlungsbedarf – im Sinne von mehr Digitalisierung, aber auch im Sinne von Eingrenzung aus Schutzgründen?

Dr. von Au: Ein großer Vorteil in den USA ist deren Haltung gegenüber Neugründungen von Firmen und Unternehmertum im Allgemeinen. Es spiegelt sich auch in der Verfügbarkeit von venture capital, also Risikokapital, wider. In Deutschland bekommt man nur Geld, wenn der Businessplan auch sicher ist. Mehr venture capital für Neugründungen ist sicher ein Thema. Die vielleicht wichtigeren Themen sind aber Datenschutz, digitale Sicherheit und „digitales Recht“. Wir müssen uns sehr gut überlegen, welche Daten geschützt werden müssen und welche nicht. Hierfür ist aus EU- bzw. deutscher Sicht neben der gesetzgeberischen Begleitung technischer Möglichkeiten auch die Frage der Haftung und der Einklagbarkeit – sprich: des „Rechtssystems“ – entscheidend. Denn nur das bringt die nötige Sicherheit ins System.

Basis für die nächste „industrielle Revolution“

Auf die Industrie bezogen steht Digitalisierung wohl auch für das Schlagwort der Industrie 4.0; Maschinen, die mit sich und ihrgleichen kommunizieren und Daten austauschen: Werden da nicht wertvolle Daten auf dem Präsentierteller für unliebsame Späher serviert, wenn man bedenkt, dass nicht mal der Bundestags-Server vor Hackern sicher ist? Um wieviel mehr sind dann Daten von Deutschlands technologisch führenden Unternehmen gefragt – von Wettbewerbern oder von Geheimdiensten?

Dr. von Au: Kein Unternehmen wird sich ernsthaft auf ein „Internet der Dinge“ einlassen, wenn damit Sicherheitslücken entstehen, die das Unternehmen gefährden. Ich denke, wenn wir kluge Standards setzen können für eine Rechtssystematik, für Sicherheitssysteme und Technologien, dann werden die echten Innovationen auch bei uns zu Wertschöpfung führen können. Im Übrigen gibt es ein Internet der Dinge ja eigentlich schon – zumindest im Kleinen. Ob es automatisierte Bestellungen durch ein System in einem Lager sind oder Just-in-time-Produktion oder pfiffige Prozessleitsysteme größerer Produktionsanlagen – Kommunikation zwischen Maschinen gibt es schon.

Die gleiche – zweischneidige Sorge gilt auch der landesweiten Versorgung mit einer Hochleistungsdateninfrastruktur, dem superschnellen Breitband: Wo krankt es? Was muss getan werden, um die Vorteile der Digitalisierung zu nutzen?

Dr. von Au: Infrastrukturthemen dieser Größenordnung sind immer eine finanzielle Herausforderung. Deshalb wird es auch noch dauern, bis wirklich überall Breitband zur Verfügung steht. Auch die Infrastrukturinvestitionen müssen sich natürlich volkswirtschaftlich ren-

tieren – auch wenn soziale Aspekte der Versorgung oder der Landesplanung vielleicht eine politische Rolle spielen.

Es ist sicher begrüßenswert, wenn wir das Potenzial, das in der Fläche liegt, nutzen können. Wenn also Dienstleistungen über das Internet tatsächlich ortsunabhängig angeboten und bezogen werden können. Daher ist der Breitbandausbau sicher richtig. In Deutschland ist zwar schon ein sehr hoher Anteil der Haushalte, rund 87 Prozent, auch mit Breitband versorgt. Im Ranking davor liegen nur Holland, Luxemburg, Island, Großbritannien und Finnland. Aber natürlich sind das im Wesentlichen die städtischen Bereiche. Bei der Glasfaserverkabelung hinkt Deutschland dagegen vielen anderen Ländern hinterher.

Um dann gleich die Frage nachzuschleiben: Werden auf diesen Hochleistungsdatenautobahnen nicht alle wichtigen Daten, die den Wirtschaftsstandort Deutschland und seine Unternehmen bestimmen, hochtechnisierten Hackern mit modernster Technologie präsentiert?

Dr. von Au: Einen Aufwand, wie ihn die NSA betreibt, können sich nicht viele leisten. Aber Sie haben recht: Mit diesem Risiko muss man umgehen. Entweder man kann es ausschalten oder man findet Wege, damit zu leben. Wir müssen allerdings aufpassen, dass wir nicht selbst für eine Erleichterung von Wirtschaftsspionage aus anderen Gründen sorgen: Es gibt viele Transparenzbestrebungen, die vielleicht einen nachvollziehbaren Auslöser haben, aber in der Sache verfehlt sind. Beispielsweise die Internetveröffentlichung von Genehmigungsunterlagen oder Prüfberichten von Chemieanlagen. So etwas ist wettbewerbschädlich. Im Übrigen kann es auch nicht im Sinne der Terrorabwehr sein, genaue Standorte und eingesetzte Stoffe von Anlagen für jedermann sichtbar im Internet zu haben.

Lassen wir die kriminellen Risiken weg und blicken auf die Daten: Wem gehören denn die Nutzerdaten? Die Profile jedes einzelnen Nutzers von Dienstleistern im Internet? Von Google, Facebook, Amazon, Twitter?

Dr. von Au: Ich denke unser Rechtssystem muss die Realitäten im Netz abbilden. Auf dem Weg dorthin wird es sicher noch einige politisch heiß umkämpfte Fragen geben. Der Prozess hat ja erst begonnen. Wir müssen dabei Chancen und Risiken abwägen. Wichtig ist, eben auch die Chancen zu sehen nicht reflexartig alles zu verbieten, was man vielleicht nicht versteht. Wenn in der Zukunft Daten die Basis von wirtschaftlicher und oder Macht schlechthin sind, wäre es dann nicht notwendig, sie bestmöglich zu schützen anstatt sie in digitalen Netzwerken preiszugeben? Keiner wird gezwungen, Facebook oder Twitter zu nutzen. Aufklärung ist sicher ein wichtiges Thema. Und auch unser Bildungssystem muss hier noch lernen. Aber spätestens, wenn heutige Schüler auch Lehrer werden, wird das passieren.

Sehen sie das Risiko für die deutsche Wirtschaft ähnlich wie Günther Oettinger, dass Deutschland auf der Verliererspur fährt zwischen den großen Wettbewerbern in der Digitalisierung: USA und Südkorea?

Dr. von Au: Sicher haben Apple und Samsung starke Positionen im Markt – insbesondere bei mobilen Geräten, die vielleicht eine noch wichtigere Rolle in Zukunft spielen. Aber in Deutschland gibt es ein immenses Potenzial im Maschinenbau, in der Automobilindustrie und auch in der IT. Wichtig ist, dass wir jetzt die Rahmenbedingungen für die existierende Industrie und die zukünftige Industrie verbessern, dass wir die Basis für die nächste „industrielle Revolution“ so legen, dass wir in Deutschland auch davon profitieren – sprich, dass Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland entstehen. Und hierfür sind zualererst eine Technologieoffenheit und Akzeptanz für technologische Entwicklungen in der Gesellschaft erforderlich.

Das Interview für Heimatswirtschaft führte Ernst Deubelli